



Abstimmungsvorlage vom 23.09.2018

Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»

In Kürze

Die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» verlangt eine Ausrichtung der Agrarpolitik auf eine kleinbäuerliche, auf die regionale Versorgung ausgerichtete Landwirtschaft. Dies soll mit umfangreichen staatlichen Eingriffen erreicht werden.

Hintergrund

Die Initiative verlangt vom Bund die Förderung einer vielfältigen, kleinbäuerlichen und gentechnikfreien Landwirtschaft. Eine vielfältige bäuerliche Landwirtschaft wird bereits heute auf der Basis von Artikel 104 BV mit den bestehenden agrarpolitischen Massnahmen (u.a. mit Direktzahlungen) gefördert, wobei der Bund nicht aktiv in die Strukturentwicklung eingreift. Ziel der Initiative ist es, die Agrarpolitik einseitig auf eine primär kleinbäuerliche Landwirtschaft auszurichten. Der Bund soll sich zudem für eine Erhöhung der Produzentenpreise (aus Sicht der Initiantinnen und Initianten «faire» Preise) einsetzen und damit den Bäuerinnen und Bauern sowie den in der Landwirtschaft Angestellten ein höheres («gerechtes») Einkommen sichern. Mit dieser Forderung bringen die Initiantinnen und Initianten zum Ausdruck, dass die heutige Preisstützung (v.a. durch Grenzschutz) aus ihrer Sicht nicht ausreichend ist und erhöht werden soll. Ein Ziel der Initiative ist es, den Strukturwandel zu stoppen und die Anzahl der in der Landwirtschaft Tätigen wieder zu erhöhen. Damit soll der Staat den Folgen des technologischen Fortschritts entgegenwirken. Mit Zöllen auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln sollen kurze Kreisläufe und die regionale Versorgung gefördert werden. Produkte, welche die in der Schweiz geltenden sozialen und ökologischen Bedingungen nicht erfüllen, soll die Einfuhr verweigert werden können. Ausfuhrbeiträge für Produkte aus der Schweizer Landwirtschaft sollen untersagt werden. Der direkte Handel zwischen den Bäuerinnen und Bauern und den Konsumentinnen und Konsumenten soll durch zusätzliche staatliche Massnahmen gestärkt werden. Weiter soll der Bund dafür sorgen, dass Lebens- und Futtermittel überwiegend aus einheimischer Produktion stammen und bei deren Produktion die natürlichen Ressourcen geschont werden. Die Initiative verlangt, dass der Staat wieder verstärkt in die landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen eingreift und in die Märkte interveniert.

Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/1611.pdf>

Neues Gesetz:

<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis455t.html>

Argumente

Pro https://www.ernaehrungssouveraenitaet.ch/	Kontra https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/1611.pdf
<p>Eine vielfältige, bäuerliche und gentechnikfreie Landwirtschaft, welche die natürlichen Ressourcen, namentlich den Boden und das Saatgut, schützt</p> <p>Eine Landwirtschaft, die kommenden Generationen eine Zukunft bietet und ihnen den Zugang zu Land garantiert.</p> <p>Eine Landwirtschaft, die dank fairer Preise den Bauern und Bäuerinnen sowie den landwirtschaftlichen Angestellten, ein gerechtes Einkommen sichert.</p> <p>Ein Markt mit mehr Transparenz, welcher im Dienste der Bauern und Bäuerinnen, sowie der Konsumenten und Konsumentinnen steht. Es geht um die Stärkung kurzer Kreisläufe und darum eine regionale Produktion zu ermöglichen und zu beleben. So werden in den Regionen Arbeitsplätze erhalten, Transporte beschränkt und eine bessere Rückverfolgbarkeit garantiert.</p> <p>Ein gerechterer internationaler Handel wird ermöglicht durch regulierende Zölle an den Grenzen, durch das Recht sich zu schützen und die Pflicht auf Exportsubventionen zu verzichten.</p> <p>Eine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, welche sich an den Erwartungen der Bevölkerung ausrichtet. Die Bevölkerung bestimmt im Respekt gegenüber anderer Regionen souverän über ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik.</p>	<p>Die Initiative verlangt höhere Zölle auf den Import von konventionell produzierten Lebensmitteln. Dies erhöht das Preisniveau für konventionelle Produkte auch in der Schweiz und damit den Anreiz solche zu produzieren. Damit wird im Inland die nachhaltige Produktion geschwächt.</p> <p>Die erhöhten Zölle und die staatliche Marktinterventionen hätten eine Zunahme der Preise für Landwirtschaftsprodukte zur Folge. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft, des Tourismus und der Gastronomie schwächen und den Einkaufstourismus stärken.</p> <p>Die Forderung, dass sämtliche eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel Schweizer «Qualitätsnormen» genügen müssen, steht im Widerspruch zur internationalen Handelspolitik und den handels- und europarechtlichen Verpflichtungen der Schweiz. Einspruch und Widerstand des Auslands in Form von Gegenmassnahmen wären die Folgen.</p> <p>Bei einer Annahme der Initiative würde der Kulturlandschutz zur Bundesaufgabe und damit ein wesentlicher Teil der Raumplanung aus dem Kompetenzbereich der Kantone fallen.</p> <p>Die Volksinitiative zielt bezüglich Strukturlenkung und Marktinterventionen in Richtung einer Politik, wie sie bis Anfang der Neunzigerjahre des letzten Jahrtausends betrieben wurde, und macht die Errungenschaften der Agrarreform seit 1993 in diesem Bereich rückgängig.</p> <p>"Volksinitiative für Abschottung und Planwirtschaft" (Jürg Grossen Nationalrat GLP/BE)</p>